

Mehr Unentschlossene als sonst

Dass das Krankenversicherungsgesetz (KVG) angenommen wird, hat sich erst rund eine Woche vor der Abstimmung entschieden. Das zeigt eine Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts. Viele fühlten sich hin und her gerissen.

DESIRÉE VOGT

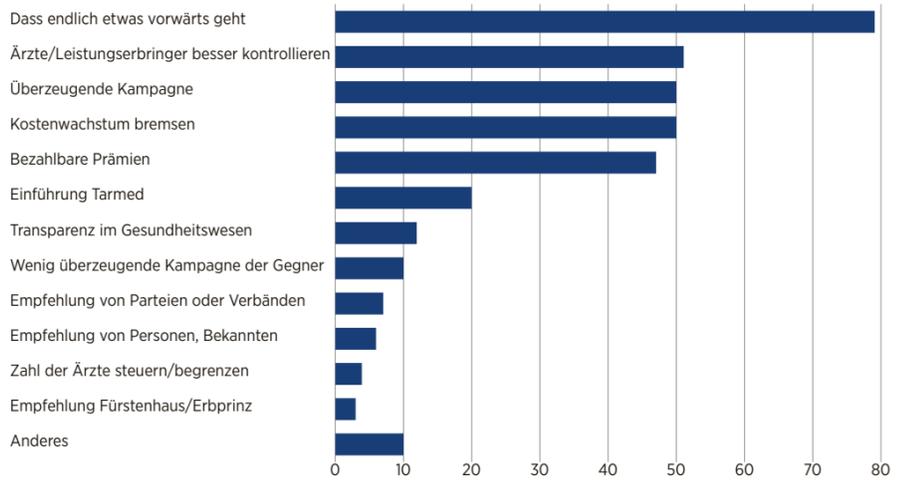
BENDERN. Es war eine spannende Abstimmung am 13. Dezember 2015: Bis knapp vor Ende liess sich nicht sagen, ob das Krankenversicherungsgesetz nun angenommen oder doch – wie vom Referendumskomitee empfohlen – abgelehnt würde. Zumal sich die Ergebnisse von Ober- und Unterland deutlich unterschieden haben. Am Ende war jedoch klar: 53,2 Prozent haben die Vorlage des Landtags angenommen. Und sind damit den Argumenten der Regierung gefolgt. Doch warum haben die Liechtensteiner so abgestimmt, wie sie abgestimmt haben? Was waren die ausschlaggebenden Argumente? Und warum ticken die Unterländer in dieser Frage anders als die Oberländer? All diesen Fragen ist das Liechtenstein-Institut in einer Nachwahlbefragung nachgegangen und lieferte gestern spannende Antworten.

Grosses Vertrauen in Regierung

Klar ist, dass die meisten soziodemografischen Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Ausbildung das Abstimmungsverhalten nicht erklären können, wie Wilfried Marxer informierte. Vielmehr hatten etwa das Vertrauen in die Regierung, die Zufriedenheit mit der Demokratie und das Vertrauen in den Sozialstaat einen markanten Einfluss auf das Abstimmungsverhalten. Sprich, wer der Vorlage zugestimmt hat, weist ein höheres Vertrauen in die Institutionen wie Regierung, Landtag, Parteien und Fürstenhaus auf. Auch ist ihr Vertrauen in den Sozialstaat grösser. Wähler der FBP und DU haben der KVG-Vorlage zudem mit grosser Mehrheit zugestimmt und sind damit den Parteipfehlungen gefolgt. «Zudem ist der Gesundheitsminister ein Regierungsrat der FBP, sodass eine Zustimmung vonseiten der FBP zu erwarten war», ist

Gründe für die Zustimmung zur KVG Vorlage

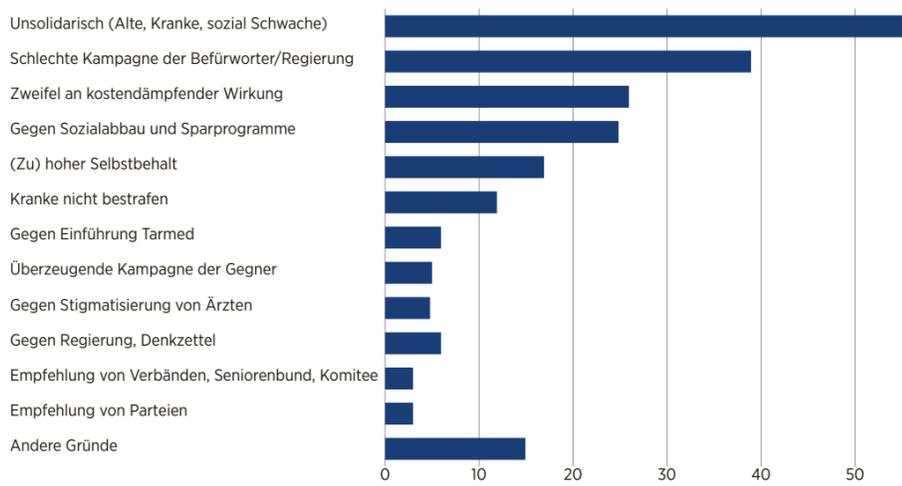
Der am meisten genannte Grund für die Zustimmung zur KVG-Vorlage war, dass endlich etwas vorwärts gehen müsse. Aber auch Kostenargumente wurden ins Feld geführt.



Quelle: Umfrage Liechtenstein Institut, Vaterland-Infografik Ralph Vogt

Gründe für die Ablehnung der KVG-Vorlage

Das hauptsächlichste Argument der Ablehnenden der Vorlage war, dass die Revision unsolidarisch gegenüber Alten, Kranken und sozial Schwachen sei. Sie hegten auch Zweifel an der kostendämpfenden Wirkung.



Quelle: Umfrage Liechtenstein Institut, Vaterland-Infografik Ralph Vogt

Marxer überzeugt. Umgekehrt hätten die Anhänger der Freien Liste die Vorlage zu zwei Dritteln

entsprechend der Empfehlung der FL abgelehnt. Leicht gespalten sei das Verhalten hingegen

bei den VU-Anhängern gewesen. Hier zeigte sich eine knappe Ablehnung der Vorlage. «Das ist

vermutlich darauf zurückzuführen, dass im Referendumskomitee mehrheitlich ehemalige VU-Exponenten vertreten waren», erklärt Wilfried Marxer.

Sowohl als auch

Spannend sind auch die Gründe, die von den Wählern genannt wurden. Auf die offene Frage, was die Zustimmung zu einem Ja an der Urne bewogen hat, rangiert an oberster Stelle die Aussage, dass endlich etwas vorwärtsgehen müsse (siehe Grafik oben). Der Hauptgrund für die Ablehnung war jener, dass die Vorlage unsolidarisch gegenüber Alten, Kranken und sozial Schwachen sei (siehe Grafik unten).

Ein sogenannter Argumententest zeigt, dass in den meisten Fällen extrem starke Differenzen zwischen dem zustimmenden und ablehnenden Lager herrschten. Und trotzdem: Viele Aussagen können sowohl bei den Gegnern als auch bei den Befürwortern unterstützt werden. «Man konnte den Argumenten beider Seiten etwas abgewinnen», bringt es Marxer auf den Punkt. «Es fällt auf, dass die Nichtstimmenden tendenziell sowohl den Pro- als auch den Kontra-Argumenten zustimmen. Gegenüber denjenigen, die eine klare Haltung in den Argumenten eingenommen haben, befanden sie sich daher in einem Dilemma. Das kann mit ein Grund sein, weshalb sich viele gar nicht an der Abstimmung beteiligt haben.»

Für Grossteil Überraschung

Das Ergebnis der Abstimmung war, wie die Befragung zeigt, für die meisten eine Überraschung. Denn 43 Prozent der Befragten haben mehr ablehnende Stimmen, nur 15 Prozent eine höhere Zustimmung erwartet. Vor allem die Gegner der Vorlage haben eine klar grössere Ablehnung erwartet – ebenso die Nichtstimmenden.

Befragt

Interessantes und Überraschendes



Wilfried Marxer
Forschungsleiter Politik
Liechtenstein-Institut

Was war für Sie die grösste Überraschung dieser Nachwahlbefragung?

Interessant war vor allem, dass die Entscheidung bei vielen Wählern erst sehr spät gefallen ist. Sie waren lange Zeit unentschlossen, was sich von anderen Abstimmungen doch sehr unterscheidet. Andererseits liegt doch ein sehr kongruentes Abstimmungsverhalten vor. Die Wähler wussten, warum sie ein Ja oder ein Nein in die Urne geworfen haben. Sie konnten ihren Entscheid sehr gut begründen. Aber: Sehr viele Liechtensteiner konnten sowohl den Pro- als auch den Kontra-Argumenten einiges abgewinnen. Das hat starke Zweifel hervorgeufen.

Hat die Komplexität des Themas dazu geführt, dass ein Grossteil der Wähler der Regierung bzw. den dahinterstehenden Fachleuten vertraut hat?

Der Wähler verlässt sich natürlich darauf, dass jene, die solche Abstimmungskampagnen führen, die wesentlichen Pro- und Kontra-Argumente anführen. Wenn er von den Pro- und Kontras aber verwirrt ist, fragt er sich, welcher Empfehlung er am ehesten folgen soll. Dann blickte er auf die Partei, die er sonst wählt. Oder was ein vertrauensvoller Leserbriefschreiber empfiehlt.

Die Unterländer haben also mehr Vertrauen in den Sozialstaat, mehr Vertrauen in die Regierung und sind zufriedener mit der Demokratie. Gilt diese Aussage generell oder nur für diese Abstimmung?

Das müsste man längerfristig betrachten. Ich denke aber durchaus, das hier die Parteienkonstellation einen Einfluss hatte. Es war eine «schwarze» Vorlage von einem «schwarzen» Regierungsrat. Insofern würde ich sagen, dass diese Aussagen nicht generell geltend gemacht werden können.

Ober- und Unterland Spät abgestimmt

DESIRÉE VOGT

BENDERN. Warum haben das Ober- und Unterland so unterschiedlich abgestimmt? Soziodemografische Faktoren scheiden laut Wilfried Marxer als Erklärung für das unterschiedliche Stimmverhalten aus. Aber woran liegt es dann?

Welche Faktoren beeinflussen?

Offenbar haben die Unterländer ein grösseres Vertrauen in die Regierung als die Oberländer. Auch sind sie zufriedener mit der funktionierenden Demokratie. «Wer grosses Vertrauen in die Regierung aufweist, hat zu 73 Prozent der Vorlage zugestimmt, diejenigen mit geringem Vertrauen nur zu 27 Prozent», zeigt Wilfried Marxer auf. Ähnlich sehe es beim Vertrauen ins Fürstenhaus aus: Und auch was die Zufriedenheit mit der funktionierenden Demokratie betrifft, zeigt sich: 28 Prozent der Oberländer sind eher oder sehr unzufrieden. Im Unterland sind es nur 15 Prozent. Dasselbe Bild wiederholt sich beim Vertrauen in den Sozialstaat: «Höheres Vertrauen korreliert mit stärkerer Zustimmung zur KVG-Vorlage, wobei das Vertrauen in den Sozialstaat im Unterland etwas ausgeprägter ist als



Bild: Daniel Schwendener

Der Politologe Wilfried Marxer erklärt das Wahlverhalten.

im Oberland.» In einer Regressionsanalyse zeige das Vertrauen in die Regierung den stärksten Effekt auf das Stimmverhalten. Wie bereits oben erwähnt, übt aber auch die Parteiaffinität einen zusätzlichen Effekt aus. Sowohl bei den Landtagswahlen 2013 als auch in der Umfrage sei die Parteienkonstellation, die sich klar für die KVG-Vorlage ausgesprochen hat (FBP und DU), im Unterland stärker als im Oberland. «Da die Parteiaffinität stark mit dem Stimmverhalten korreliert, hat dies im Unterland den Jastimmen-Anteil befördert.» «Die Unterländer Bevölke-

rung neigt im Vergleich zur Oberländer etwas stärker zum politischen Lager der Parteien, die die KVG-Vorlage unterstützt haben, und weist – teilweise nicht zuletzt aus diesem Grund – ein etwas höheres Vertrauen in die Regierung, den Sozialstaat und das Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein auf.»

«Ob die mehrheitliche Zusammensetzung des Referendumskomitees aus Oberländern einen Einfluss auf die stärkere Ablehnung der KVG-Vorlage im Oberland hatte, könne aufgrund der Umfragedaten weder bestätigt noch widerlegt werden.

DESIRÉE VOGT

BENDERN. Spannend ist der Fakt, dass für viele bis zuletzt nicht klar gewesen ist, wie sie abstimmen würden. Die Nachwahlbefragung zeigt, dass sich knapp 30 Prozent erst in der letzten Woche vor der Abstimmung entschieden haben. «Das steht in deutlichem Kontrast zu früheren Volksabstimmungen», bestätigt Wilfried Marxer. So zum Beispiel zur Abstimmung über das Vetorecht (2012) oder die Fristenlösung (2011). Während bei manchen Abstimmungen das Ergebnis fast schon von vornherein feststehe – bei der Vetoinitiative wussten 83 Prozent von Beginn an, wie sie abstimmen würden –, wurde bei der KVG-Revision laut Marxer von manchen bis zuletzt um die Entscheidung gerungen.

Unsicher bis zum Schluss

Dies spricht dafür, dass viele Stimmberechtigte Mühe mit der Entscheidungsfindung bekundet haben. Rund 30 Prozent der Zustimmung und 24 Prozent der Ablehnenden haben sich ihre definitive Meinung erst in der letzten Woche vor der Abstimmung gebildet. «Die letztendlich Zustimmung taten sich insgesamt schwerer, während bei den

Ablehnenden immerhin 44 Prozent von Anfang an wussten, wie sie abstimmen würden», zeigt Wilfried Marxer mittels Grafiken auf. Am meisten Zeit hätten die politisch wenig Interessierten benötigt, um sich definitiv zu einem Entscheid durchzuringen. «26 Prozent entschieden sich erst eine Woche vor der Abstimmung, 19 Prozent noch später.» Marxers Fazit: «Eine stärkere Mobilisierung hätte den Gegnern der Vorlage am Ende vermutlich mehr geholfen als den Befürwortern.»

Gegner waren sich sicherer

Interessant ist die Feststellung, dass sich die Gegner der Vorlage ihre Meinung offenbar schneller gebildet haben als die Befürworter und daher unter den Frühentschlossenen überwogen. Wer später bzw. erst kurz vor den Wahlen seine Stimme abgegeben hat, hat der Vorlage hingegen eher zugestimmt. «55 Prozent der Befragten, die eine klare Präferenz für die ablehnenden Argumente zeigten, wussten von Anfang an, wie sie abstimmen würden. Bei denjenigen, die am Ende eine klare Präferenz für die Pro-Argumente zeigten, waren sich nur 42 Prozent von Anfang an sicher.»

Zur Umfrage

Daten und Fakten

Auftraggeber
Liechtenstein-Institut

Umfrageinstitut
DemoScope Adligenswil (CH)

Fragebogen
Vom FL-Institut erstellt

Methode
CATI (Computer Assisted Telephone Interviewing)

Realisierte Interviews 501

Feldzeit
14. bis 18. Dezember 2015

Die Ergebnisse der Umfrage stehen zum Download unter www.liechtenstein-institut.li.